

**RECHTS – NEWS**

Ausgabe: private Mandanten

Mai 2019

Am Münster 28  
37154 NortheimTelefon: 05551 / 97 60-0  
www.ksh-recht.de

dr-schreier@ksh-recht.de

herbote@ksh-recht.de

**Mietrecht****Verdacht des Handelns mit Rauschgift rechtfertigt Kündigung**

Die Kündigung eines Wohnraummietverhältnisses kann alleine wegen des Verdachts des Handelns des Mieters mit Rauschgift gerechtfertigt sein. Für das Amtsgericht Frankfurt reichen polizeiliche Durchsuchungen und eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den Bewohner als Indizien aus, die den Rückschluss auf ein Handeln mit Rauschgift aus der Wohnung zulassen. Dies ist von der vereinbarten Nutzung der Wohnung nicht mehr gedeckt und stellt eine Verletzung der vertraglichen Pflichten dar.

Urteile des AG Frankfurt vom 08.02.2019  
33 C 2815/18 (51) u.a. - MietRB 2019, 100

**Untersagung der Hundehaltung in Mietwohnung**

Ein Vermieter darf die mietvertragliche Genehmigung für die Haltung eines Hundes in der Mietwohnung nur aus wichtigen Gründen versagen. Eine Ablehnung ist daher nur zulässig, wenn ausreichende Anhaltspunkte für eine zu erwartende unzumutbare Belästigung vorliegen.

Das Amtsgericht München hält bei artgerechter Haltung, d.h., wenn der Hund ausreichend Ausgang erhält, richtig erzogen ist und nicht wiederholt längere Zeiten allein in der Wohnung gelassen wird, nicht durch verstärktes Jaulen oder Gebell auf sich aufmerksam macht oder großen Schaden an der Wohnung anrichtet und die Mieter zudem zugesagt haben, eine entsprechende Versicherung abzuschließen, ein Verbot für unzulässig. Dabei wurde vom Gericht auch berücksichtigt, dass die klagenden Mieter nicht, wie es Mieter bisweilen handhaben, einfach ungefragt einen Hund erworben haben und nachträglich über die Genehmigung streiten, sondern sich bereits lange um die Zustimmung der Vermieter bemühten und sich von einer Hundetrainerin bei der Auswahl eines für die Haltung in einer Mietwohnung geeigneten Hundes unterstützen ließen.

Urteil des AG München vom 03.08.2018  
411 C 976/18 - Justiz Bayern online

**BGH erleichtert rückwirkende Geltendmachung von Mietminderungen**

Zahlt ein Mieter trotz eines Mangels der Wohnung die vereinbarte Miete ohne Vorbehalt weiter, kann er die Miete später in der Regel nicht mehr rückwirkend bis zu dem Zeitpunkt mindern, zu dem er den Mangel dem Vermieter angezeigt hat.

Nun hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass ein Mieter sein Mietminderungsrecht auch bei ohne Vorbehalt weiterbezahlter voller Miete nicht verliert, wenn er irrtümlich davon ausgegangen ist, dass er für eine Minderung ein Einverständnis des Vermieters benötigt.

Urteil des BGH vom 04.09.2018  
VIII ZR 100/18  
ZfIR 2019, 16

**Unzulässige Eigenbedarfskündigung bei Mietern hohen Alters**

Gemäß § 574 Abs. 1 Satz 1 BGB kann der Mieter der Kündigung des Vermieters widersprechen und von ihm die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, wenn dessen Beendigung für den Mieter, seine Familie oder einen anderen Angehörigen seines Haushalts eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist.

Für das Landgericht Berlin kann alleine das hohe Lebensalter des Mieters zur Unwirksamkeit der Eigenbedarfskündigung des Vermieters führen. Betroffen von der Kündigung war ein 87- und 84-jähriges Mieterehepaar. Auf die von den betagten Mietern daneben vorgetragenen Argumente, wie deren gesundheitliche Probleme und die jahrzehntelange Verwurzelung in dem Wohnungsumfeld, kam es bei der Entscheidung daher nicht mehr an.

Urteil des LG Berlin vom 12.03.2019  
67 S 345/18  
Pressemitteilung des LG Berlin

### **Zweifel des Hausarztes an der Fahreignung rechtfertigt keine Gutachtenanordnung**

Die Mitteilung eines Hausarztes, bei seinem Patienten (Jahrgang 1937) bestünden wegen verschiedener Erkrankungen berechnete Zweifel an dessen Fahreignung, stellt nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs keine Tatsache i.S.d. § 11 Abs. 2 FeV (Fahrerlaubnis-Verordnung) dar, die Bedenken gegen die körperliche und geistige Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs begründen, solange keine Diagnose oder zumindest Symptome der Erkrankung oder sonstige konkrete Vorkommnisse genannt werden. Der bloße Hinweis des Hausarztes rechtfertigte daher nicht die daraufhin von der Verkehrsbehörde veranlasste Anordnung eines ärztlichen Gutachtens.

Beschluss des VGH München vom 09.10.2018  
11 CS 18.1897  
NJW 2019, 1161

### **Streckenverbot zum Lärmschutz gilt auch für Elektrofahrzeuge**

Nach einer Entscheidung des Kammergerichts Berlin müssen auch Fahrer eines geräuscharmen Elektrofahrzeugs ein mit dem Zusatzzeichen "Lärmschutz" versehenes Streckenverbot beachten.

Beschluss des KG Berlin vom 13.12.2018  
3 Ws (B) 296/18  
Verkehrsrecht aktuell 2019, 70

### **Auch Videotelefonie mit Smartphone beim Autofahren verboten**

Das Amtsgericht Magdeburg verurteilte einen Autofahrer, der sein Smartphone am Armaturenbrett befestigt hatte und während der Fahrt per Video telefonierte, zu einer Geldbuße von 100 Euro wegen unerlaubter Nutzung eines elektronischen Geräts, das i.S.d. § 23 Abs. 1a StVO "der Kommunikation, Information oder Organisation dient oder zu dienen bestimmt ist".

In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, dass Videotelefonie grundsätzlich nicht ausschließlich eine kurze, sondern eine längere Blickabwendung erfordert

und eine vollständige Wahrnehmung der übertragenen Bilder und Töne lediglich mit einer "kurzen Blickabwendung" - wie von dem betroffenen Autofahrer behauptet - praktisch nicht möglich ist. Das Maß der Ablenkung vom Verkehrsgeschehen ist daher in diesem Fall nicht geringer einzustufen als beim Telefonieren mit einem in der Hand gehaltenen Mobiltelefon.

Urteil des AG Magdeburg vom 20.08.2018  
50 OWi 775 Js 15999/18 (332/18)  
jurisPR-VerkR 4/2019 Anm. 3

### **Abschleppen nach mehrstündiger Parkzeitüberschreitung**

Ein Fahrzeug kann auf Kosten des Halters abgeschleppt werden, wenn in einem Zonenhalteverbot, in dem unter Verwendung einer Parkscheibe das Parken für die Dauer von zwei Stunden erlaubt ist, die Parkdauer um drei Stunden überschritten wird. Das Verwaltungsgericht Aachen hält angesichts der erheblichen Parkzeitüberschreitung das Vorgehen der Ordnungsbehörde selbst dann nicht für unverhältnismäßig, wenn im Zeitpunkt der Abschleppmaßnahme weitere Parkplätze frei waren.

Urteil des VG Aachen vom 16.05.2018  
6 K 5781/17 - NJW-Spezial 2018, 618

### **Kaskoversicherung: Falsche Angaben zum Unfallhergang**

Sind die Angaben des Versicherungsnehmers zu dem behaupteten Unfall nicht in Übereinstimmung mit den Feststellungen eines Unfallsachverständigen zu bringen, führt dies zur Leistungsfreiheit der Kaskoversicherung. Daran ändert auch nichts, dass der Versicherte, nachdem er von der Versicherung auf seine widersprüchlichen Angaben hingewiesen wurde, einen (anderen) Unfallhergang schildert, der vom Versicherungsschutz gedeckt gewesen wäre.

Beschluss des LG Münster vom 02.05.2018  
15 S 13/17  
jurisPR-VerkR 4/2019 Anm. 2

## Sonstiges

---

### **Unterrichtsausschluss wegen Verbreitung von Gewalt- und Pornovideos**

Ein Schüler, der extrem gewaltverherrlichende und gewaltpornografische Videos unter seinen Mitschülern verbreitet hat, darf zwei Wochen vom Unterricht ausgeschlossen werden. Angesichts der enormen Schwere der Pflichtverletzung sowie des Ausmaßes, in dem hierdurch der ordnungsgemäße Schulbetrieb und die Rechtsgüter anderer Mitschüler beeinträchtigt wurden, hielt das Verwaltungsgericht Aachen die Maßnahme für verhältnismäßig.

Urteil des VG Aachen vom 13.03.2019  
9 L 297/19  
JURIS online

### **Anforderungen an Fallschutz bei Klettergerüsten auf Spielplätzen**

Eine Kommune kann bei dem Unfall eines 8-jährigen Kindes, das auf einem öffentlichen Spielplatz von einem "Hangelgerüst" gestürzt ist, nicht haftbar gemacht werden, wenn ein ausreichender Fallschutz vorhanden war.

Das Landgericht Koblenz hält bei einer Fallhöhe von hier 2,40 m einen Fallschutz in Form von Sand oder Ähnlichem von mindestens 30 cm Tiefe für ausreichend, der hier gegeben war.

Urteil des LG Koblenz vom 17.01.2019  
1 O 135/18  
Pressemitteilung des LG Koblenz

## Familien- und Erbrecht

---

### Anforderungen an Auskunftserteilung zur Berechnung des Unterhaltsanspruchs

Nach § 1605 BGB sind Verwandte in gerader Linie einander verpflichtet, auf Verlangen über ihre Einkünfte und ihr Vermögen Auskunft zu erteilen, soweit dies zur Feststellung eines Unterhaltsanspruchs oder einer Unterhaltsverpflichtung erforderlich ist. Die Auskunft ist durch Vorlage einer systematischen Aufstellung der erforderlichen Angaben, die dem Berechtigten ohne übermäßigen Arbeitsaufwand die Berechnung des Unterhaltsanspruchs ermöglicht, schriftlich zu erteilen. Die Verteilung der relevanten Angaben auf mehrere Schreiben oder anwaltliche Schriftsätze erfüllt nicht die für ein einheitliches Verzeichnis erforderliche Übersichtlichkeit und stellt daher keine ordnungsmäßige Auskunftserteilung dar.

Beschluss des OLG Brandenburg vom 16.08.2018  
13 WF 137/18 - FamRZ 2019, 291

### Auskunftsanspruch über Bezugsberechtigten

Den Erben eines Versicherungsnehmers einer Lebensversicherung, denen die Vertragsunterlagen nicht vorliegen, steht gegenüber der Versicherung ein Auskunftsrecht bezüglich der Identität des vertraglich bestimmten Bezugsberechtigten zu. Dies gilt laut Oberlandesgericht Hamm unabhängig davon, ob die Auszahlung der Versicherungssumme an den Bezugsberechtigten bereits erfolgt ist. Das Auskunftsrecht steht auch einem gerichtlich bestellten Nachlasspfleger zu.

Urteil des OLG Hamm vom 23.11.2018  
20 U 72/18 - NJW-Spezial 2019, 104

## Arbeits- und Beamtenrecht

---

### Anspruch auf Bildungsurlaub für Yogakurs

Auch ein Yogakurs kann unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch eines Arbeitnehmers auf Bildungsurlaub rechtfertigen. Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg legte die entsprechende Bestimmung des Berliner Bildungsurlaubsgesetzes, wonach die Veranstaltung entweder der politischen Bildung oder der beruflichen Weiterbildung dienen müsse, weit aus. Durch Yoga und Meditation können unter anderem Anpassungsfähigkeit und Selbstbehauptung von Arbeitnehmern unter den Bedingungen des fortwährenden und sich beschleunigenden technischen und sozialen Wandels gefördert werden.

Urteil des LAG Berlin-Brandenburg vom 11.04.2019  
10 Sa 2076/18 - PM des LAG Berlin-Brandenburg

### Keine Dienstzeitverlängerung wegen Brexit

Der von der englischen Regierung beschlossene Austritt aus der Europäischen Union kann, obwohl er - möglicherweise noch lange - nicht vollzogen ist, Auswirkungen im Rahmen des Arbeits- und Beamtenrechts haben.

So hat das Verwaltungsgericht Göttingen den Antrag eines britischen Professors auf Verlängerung seiner

### Sorgerechtsentziehung: Kein Vorrang von Verwandten vor "Profi-Pflegeeltern"

Angehörige haben bei der notwendigen Unterbringung eines Kindes in einer Pflegefamilie keinen Vorrang gegenüber "Profi-Pflegeeltern". Alleine entscheidend ist stets das Wohl des betroffenen Kindes. Das Oberlandesgericht Düsseldorf sah die Unterbringung zweier wegen Überforderung der Mutter von Verwahrlosung bedrohter Kinder bei erfahrenen fremden Pflegeeltern besser gewährleistet, als bei den Tanten der betroffenen Kinder, die sich zu deren Betreuung angeboten hatten, sich vorher aber nie um diese gekümmert hatten.

Urteil des OLG Düsseldorf vom 20.11.2018  
I-8 UF 187/17  
Pressemitteilung des OLG Düsseldorf

### Verfahrenskostenhilfe: Kindergartenkosten als abzugsfähige Belastung

Eine Prozesspartei, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann, erhält auf Antrag Verfahrenskostenhilfe (früher Prozesskostenhilfe), wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Für das Oberlandesgericht Celle sind von dem Antragsteller zu entrichtende Kindergartenbeiträge als besondere Belastungen im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe voll abzugsfähig.

Beschluss des OLG Celle vom 26.06.2018  
19 WF 76/18 - FuR 2019, 227

Dienstzeit über den 1. April 2019 hinaus mit der Begründung abgelehnt, dass die Wirkungen des Brexit dies ausschließen, weil der englische Professor dann nicht mehr die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, Beamter sein zu dürfen.

Urteil des VG Göttingen vom 28.03.2019  
3 B 92/19 - Pressemitteilung des VG Göttingen

### Unzumutbare Belastung durch Lohnfortzahlung

Häufige Fehlzeiten eines ordentlich unkündbaren Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst können einen wichtigen Grund zur außerordentlichen Kündigung mit einer tarifvertraglich notwendiger Auslaufrist darstellen, wenn nach einer umfassenden Interessenabwägung und einer Gesundheitsprognose damit zu rechnen ist, dass der Arbeitgeber für mehr als ein Drittel der jährlichen Arbeitstage Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall leisten muss. In dem konkreten Fall hatte der betroffene Arbeitnehmer über einen Zeitraum von fünf Jahren eine Fehlzeitquote von 61 Prozent. Der Arbeitgeber musste in dieser Zeit Entgelte und Zuschüsse zum Krankengeld von über 55.000 Euro bezahlen.

Urteil des BAG vom 25.04.2018  
2 AZR 6/18 - NZA 2018, 1056

## Versicherungsrecht

---

### Kein Versicherungsschutz bei Diebstahl ohne Einbruchspuren

Die Vertragsbedingungen einer Hausratversicherung sahen eine Entschädigungsleistung vor, wenn der Diebstahl von im Auto liegenden Gegenständen "durch Aufbrechen verschlossener Kraftfahrzeuge" begangen wurde. Dem Aufbrechen stand "die Verwendung falscher Schlüssel oder anderer nicht zum ordnungsgemäßen Öffnen bestimmter Werkzeuge" gleich.

Liegen keine derartigen Diebstahlspuren vor, ist nicht auszuschließen, dass der Versicherte das Fahrzeug nicht ordnungsgemäß abgeschlossen hat. Das Amtsgericht Frankfurt sah auch den Gegenbeweis des Versicherungsnehmers, dass der Dieb den Verriegelungsmechanismus elektronisch manipuliert hat, nicht für erbracht an. Dies wäre beispielsweise durch die sogenannte Relay Attack-Methode möglich, bei der der Täter das Funksignal des Autoschlüssels abfängt, um mittels der ausgespähten Schlüsseldaten das verschlossene Auto wieder zu öffnen. Da hierfür keine Anhaltspunkte vorlagen, musste die Versicherung nicht für die aus dem Auto des Versicherten entwendeten Gegenstände aufkommen.

Urteil des AG Frankfurt vom 18.02.2019  
32 C 2803/18 (27) - Pressemitteilung des AG Frankfurt

### Leistungsfreiheit bei Ausweichen vor einem Fuchs in alkoholisiertem Zustand

"Ich bremsse auch für Tiere." Diese an manchen Fahrzeughecks vernehmbare Absichtserklärung ist unter Tierschutzgesichtspunkten durchaus lobenswert. Die konsequente Umsetzung auch bei Kleintieren kann einem Autofahrer aber teuer zu stehen kommen, wie ein vom Landgericht Saarbrücken entschiedener Fall zeigt.

Kommt es infolge eines Ausweichmanövers, das ein Pkw-Fahrer einleitet, um auf der Landstraße einem Fuchs auszuweichen, zu einem Verkehrsunfall und zu einer Beschädigung des Fahrzeugs, so kann die Kaskoversicherung eine Leistungskürzung vornehmen. Bei der Höhe spielt auch die Größe des Pkws - hier ein SUV - und das damit einhergehende Schadensrisiko bei der Kollision mit dem Fuchs eine Rolle. Kommt hinzu, dass der Fahrer den Versicherungsfall dadurch grob fahrlässig herbeigeführt hat, dass er mit seinem Fahrzeug trotz absoluter Fahruntüchtigkeit (hier: Blutalkoholkonzentration von 1,57 Promille) am Straßenverkehr teilgenommen hat, rechtfertigt dies sogar eine Leistungsreduzierung auf Null.

Urteil des LG Saarbrücken vom 06.09.2018  
14 O 162/17  
RuS 2019, 84

## Reiserecht

---

### Reiserücktrittsversicherung muss bei Durchfallerkrankung des Reisenden zahlen

Eine Reiserücktrittsversicherung ist nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Celle auch bei einer Durchfallerkrankung des Reisenden eintrittspflichtig, wenn die Erkrankung trotz Einnahme von Medikamenten den Versicherten "überfallartig" und ohne Vorwarnung zwingt, in unregelmäßigen Abständen die Toilette auf-

Ein Hotelgast betrat mit seinem angeleinten Dackel den Aufzug. Dabei hielt er die Leine so lange, dass die Aufzugtüren schlossen, bevor der Hund in den Lift gelangt war. Um Schlimmeres für das Tier zu verhindern, betätigte das Herrchen den Nothalt des Aufzugs, wodurch ein Schaden in Höhe von 580 Euro entstand.

Nach Einschätzung des Amtsgerichts Bremen hätte der Hundehalter dafür Sorge tragen müssen, dass sein Hund unmittelbar mit ihm die Lichtschranke der Aufzugstüren passiert und nicht erst nach ihm an einer

zusuchen und ihm deshalb der Reiseantritt insgesamt unzumutbar ist.

Urteil des OLG Celle vom 03.12.2018  
8 U 165/18 - Pressemitteilung des OLG Celle

### Haftung bei Betreten eines Hotelaufzugs mit einem angeleinten Hund

längeren Leine. Letztlich musste er jedoch nur die Hälfte des angerichteten Schadens tragen, da die Lichtschranken, nicht dem neuesten Stand der Technik entsprachen, wodurch ein vorschnelles Schließen der Türen hätte verhindert werden können.

Urteil des AG Bremen vom 06.02.2019  
19 C 242/17  
NJW-RR 2019, 346

## Bankrecht

---

### Verwendung von Negativzinsklauseln bei Altersvorsorgeverträgen unzulässig

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat der Kreissparkasse Tübingen die Verwendung einer in den Geschäftsbedingungen von Altersvorsorgeverträgen enthaltenen Zinsanpassungsklausel untersagt, die durch den Verweis auf den Referenzzinssatz der Deutschen Bundesbank zu sogenannten "Negativzinsen" führen kann. Gerade bei einem Altersvorsorgevertrag bzw. einem

sogenannten Riestervertrag geht es um die Vermögensbildung und Vorsorge für das Alter, was sich nach Auffassung des Gerichts mit der Möglichkeit negativer Grundzinsen per se nicht vereinbaren lässt.

Urteil des OLG Stuttgart vom 27.03.2019  
4 U 184/18 - JURIS online